

# Niederschrift



Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim am Donnerstag, 23.02.2012, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

|          |                                  |
|----------|----------------------------------|
| <b>X</b> | <b>Öffentliche Sitzung</b>       |
|          | <b>Nicht-öffentliche Sitzung</b> |

|             |         |
|-------------|---------|
| Sitzung Nr. | 11/2012 |
| VPLA Nr.    | 2/2012  |

## Anwesende

### Bürgermeister

Henseler, Wolfgang                      Bürgermeister

### Vorsitzender

Hanft, Wilfried                              SPD-Fraktion

### Mitglieder

Berg, Peter van den  
Bobe, Günter                                  SPD-Fraktion  
Breuer, Paul  
Brief, Hans                                      UWG/Forum-Fraktion  
Dalitz, Elmar                                    CDU-Fraktion  
Feldenkirchen, Hans Gerd                    UWG/Forum-Fraktion  
Freynick, Jörn                                    FDP-Fraktion  
Kleinekathöfer, Ute                              SPD-Fraktion  
Meyer, Karl-Heinz                                Bündnis90/Grüne  
Rech, Wilhelm                                    CDU-Fraktion  
Rothe, Berthold                                   Bündnis90/Grüne  
Schausten, Manfred                              SPD-Fraktion  
Stüsser, Peter                                    CDU-Fraktion  
Velten, Konrad                                    CDU-Fraktion  
Wirtz, Hans-Dieter                                CDU-Fraktion

bis TOP 9

### stv. Mitglieder

Deussen-Dopstadt, Gabriele                    Bündnis90/Grüne  
Geuer, Theo                                      CDU-Fraktion  
Heller, Petra                                      CDU-Fraktion  
Koch, Christian                                    FDP-Fraktion  
Kuhl, Sebastian                                    CDU-Fraktion  
Montenarh, Stefan                                CDU-Fraktion  
Paschmanns, Dieter                                SPD-Fraktion  
Strauff, Bernhard                                CDU-Fraktion

ab TOP 10

### beratende Mitglieder

Braun-Schoder, Horst                              Seniorenbeirat

### Verwaltungsvertreter

Erl, Andreas  
Schier, Manfred Erster Beigeordneter

### Schriftführerin

Altaner, Petra

### Nicht anwesend (entschuldigt)

|                     |                 |
|---------------------|-----------------|
| Hönig, Heinrich     | CDU-Fraktion    |
| Kuhnert, Uwe        | CDU-Fraktion    |
| Meurer, Alexander   | FDP-Fraktion    |
| Nettekoven, Norbert | CDU-Fraktion    |
| Nipps, Ursula       | CDU-Fraktion    |
| Pacyna, Michael Dr. | Bündnis90/Grüne |
| Stadler, Harald     | SPD-Fraktion    |

### Tagesordnung

| TOP | Inhalt  | Vorlage Nr. |
|-----|---|-------------|
|     | <b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>   |             |
| 1   | Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin   |             |
| 2   | Verpflichtung von Ausschusmitgliedern   |             |
| 3   | Einwohnerfragestunde  |             |
| 4   | Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 65/2011 vom 07.12.2011   |             |
| 5   | Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf; Projektvorstellung, Nutzungskonzept und verkehrliche Verträglichkeit   | 565/2011-7  |
| 6   | 3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel; Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit   | 031/2012-7  |
| 7   | 1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Offenlagebeschluss   | 080/2012-7  |
| 8   | 2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Offenlagebeschluss   | 079/2012-7  |
| 9   | Bebauungsplan He 05 in der Ortschaft Hersel; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Offenlagebeschluss   | 006/2012-7  |
| 10  | Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2011 betr. Rahmenbedingungen für die Umsetzung des neuen Flächennutzungsplanes - Bornheim 2025 | 522/2011-7  |
| 11  | Antrag der FDP-Fraktion vom 08.11.2011 betr. Leitlinien zur Wohnbauentwicklung in der Stadt Bornheim  | 527/2011-7  |
| 12  | Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011 betr. Aufzeigen geeigneter Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan für alternative Wohnformen  | 559/2011-7  |
| 13  | Antrag des OV und AM Hönig vom 11.01.2012 betr. Fußgängerampeln Rankenberg/Küppersgasse und Rankenberg/ Schornsberg in Brenig   | 059/2012-9  |
| 14  | Mitteilung betr. Mängelbeseitigung auf Rad- und Fußwegen in Roisdorf  | 041/2012-9  |
| 15  | Mitteilung betr. Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes der Nahverkehr Rheinland GmbH   | 052/2012-7  |
| 16  | Mitteilung betr. Bürgerradweg entlang der L300 zwischen Widdig und Hersel   | 078/2012-7  |
| 17  | Mitteilungen mündlich   |             |
| 18  | Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2012 betr. Kündigungssperrfristverordnung NRW - Lage des Wohnungsmarktes in Bornheim   | 082/2012-5  |
| 19  | Anfragen mündlich   |             |

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)**

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt,

1. die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen zu behandeln,
2. den Tagesordnungspunkt 18 von der Tagesordnung abzusetzen,
3. auf Antrag der FDP-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 11 und 12 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

AM van den Berg stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung abzusetzen.

AM Rothe spricht gegen den Antrag.

Der Antrag des AM van den Berg wird mit einem Stimmenverhältnis von

02 Stimmen für den Antrag (van den Berg, Breuer)

21 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen, FDP, UWG)

abgelehnt.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1– 17, 19.

|          |  |  |
|----------|--|--|
|          | <b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>                            |  |
| <b>1</b> | <b>Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin</b> |  |

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

|          |   |  |
|----------|---|--|
| <b>2</b> | <b>Verpflichtung von Ausschussmitgliedern</b> |  |
|----------|---|--|

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

|          |                             |  |
|----------|-----------------------------|--|
| <b>3</b> | <b>Einwohnerfragestunde</b> |  |
|----------|-----------------------------|--|

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Anlagen siehe Seiten

|          |  |  |
|----------|--|--|
| <b>4</b> | <b>Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 65/2011 vom 07.12.2011</b> |  |
|----------|--|--|

### **Beschluss**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 65/2011 vom 07.12.2011 keine Einwände.

- Einstimmig -

|          |  |                   |
|----------|--|-------------------|
| <b>5</b> | <b>Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf; Projektvorstellung, Nutzungskonzept und verkehrliche Verträglichkeit</b> | <b>565/2011-7</b> |
|----------|--|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion, wie folgt zu beschließen:

s. Beschlussentwurf Rat.

Der Rat beschließt,

1. den Zwischenbericht zu den Beschlüssen zum Einkaufszentrum (Vorlage-Nr. 447/2010-7) und zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Vorlage-Nr. 219/2011-7) zur Kenntnis zu nehmen.
2. einem Nutzungskonzept mit einer Gesamtverkaufsfläche von maximal bis zu 13.500 m<sup>2</sup>, Mall- und Erschließungsflächen im Umfang von maximal bis zu 1.700 m<sup>2</sup> inklusive der Ansiedlung eines Discounters (max. 900 m<sup>2</sup>) zuzustimmen unter dem Vorbehalt
  - dass der Nachweis der verkehrlichen Verträglichkeit einschließlich der Verkehrsbezüge im gesamten Einzugsbereich Bornheim/Roisdorf durch einen von der Stadt Bornheim zu beauftragenden Gutachter (Kostentragung wie in der Begründung dargestellt)
  - und die Bestätigung, dass die Kosten einer durch das EKZ erforderlich werdenden „verkehrlichen Ertüchtigung“ der Kreuzung Siegesstraße/Bonner Straße/Herseler Straße sowie des Kreisverkehrs vor dem EKZ und ggfls. weiterer notwendiger Maßnahmen vom Eigentümer und Investor getragen werden und
  - dass durch einen von der Stadt zu beauftragenden Gutachter der Nachweis der Sortimentsverträglichkeit insbesondere
    - für den Bereich der Lebensmittel (in Bezug auf den Einzugsbereich Bornheim/Roisdorf/Hersel) und
    - für den Bereich des Textil-/Bekleidungsangebotes (in Bezug auf die Auswirkungen auf die Königstraße)
 erbracht wird.
3. die Verwaltung zu beauftragen, eine ansprechende und zeitgemäße städtebauliche und architektonische Gestaltung des Einkaufszentrums (Gliederung des 165 m langen Baukörpers), insbesondere der zur Bonner Straße gerichteten Gebäudeansicht bereits frühzeitig mit dem Investor zu diskutieren und zu erreichen.
4. die Schumacher Straße für den motorisierten Kundenverkehr des Einkaufszentrums abzubinden und ausschließlich Anlieferverkehr zuzulassen. Für die Schumacher Straße muss in diesem Zusammenhang ein lärmtechnischer Nachweis erfolgen. Für den Anlieferverkehr ist im Verfahren allerdings vorab noch eine alternative Erschließung zu prüfen (inklusive Widdiger Weg).

**Abstimmungsergebnis**

- 21 Stimme/n für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, Breuer, van den Berg)  
 02 Stimme/n gegen den Beschluss (FDP)

|          |  |                   |
|----------|--|-------------------|
| <b>6</b> | <b>3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel; Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit</b> | <b>031/2012-7</b> |
|----------|--|-------------------|

Die SPD-Fraktion beantragt geheime Abstimmung.

Zu Stimmzählern werden benannt:

|                                |                    |
|--------------------------------|--------------------|
| CDU-Fraktion                   | Herr Montenarh     |
| Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | Herr Meyer         |
| SPD-Fraktion                   | Herr Schausten     |
| UWG/Forum-Fraktion             | Herr Feldenkirchen |
| FDP-Fraktion                   | Herr Koch          |

-Einstimmig-

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

s. Beschlusssentwurf Rat.

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel einzuleiten. Das Plangebiet liegt im Gewerbepark Bornheim-Süd, zwischen Alexander-Bell-Straße und Robert-Bosch-Straße, südlich des Baumarktes Bauhaus.
2. gemäß § 13a (3) BauGB auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten und stattdessen bei der Bekanntmachung der Einleitung darauf hinzuweisen, dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von vier Wochen im Rathaus, Geschäftsbereich 7.1 Stadtplanung, über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann.

**Abstimmungsergebnis**

- 10 Stimme/n für den Beschluss
- 13 Stimme/n gegen den Beschluss

Der Beschluss ist damit abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden zusammen behandelt.

|          |  |                   |
|----------|--|-------------------|
| <b>7</b> | <b>1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Offenlagebeschluss</b> | <b>080/2012-7</b> |
|----------|--|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

s. Beschlusssentwurf Rat

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zum Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel die vorliegenden Stellungnahmen,

2. den vorliegenden Entwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Hersel einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 8 und 7 werden zusammen behandelt.

|          |  |                   |
|----------|--|-------------------|
| <b>8</b> | <b>2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 in der Ortschaft Hersel, Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Offenlagebeschluss</b> | <b>079/2012-7</b> |
|----------|--|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

s. Beschlussentwurf Rat

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zum Vorentwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 die vorliegenden Stellungnahmen,
2. den vorliegenden Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Ro 18 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

|          |  |                   |
|----------|--|-------------------|
| <b>9</b> | <b>Bebauungsplan He 05 in der Ortschaft Hersel; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Offenlagebeschluss</b> | <b>006/2012-7</b> |
|----------|--|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

s. Beschlussentwurf Rat

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zum Vorentwurf des Bebauungsplanes He 05 die vorliegenden Stellungnahmen,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes He 05 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

|           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>10</b> | <b>Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2011 betr. Rahmenbedingungen für die Umsetzung des neuen Flächennutzungsplanes - Bornheim 2025</b> | <b>522/2011-7</b> |
|-----------|--|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister,

1. auf Antrag der SPD-Fraktion, die Maßnahme Herseler Straße/Maarpfad (Planung Roisdorf) in die Liste mit aufzunehmen,
2. eine Maßnahmenliste mit Prioritätensetzung für die geordnete Umsetzung der Entwicklungsziele des neuen Flächennutzungsplanes vorzulegen. Die Liste sollte an den mit der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes verfolgten Entwicklungszielen (u.a. moderater Einwohnerzuwachs, Förderung der Innenentwicklung, Auslastung der vorhandenen Infrastruktur, Förderung senioren gerechten Wohnens, Energieeffizienz und Erzeugung regenerativer Energien, Stadt der kurzen Wege, ausgewogene Entwicklung in den unterschiedlichen Ortsteilen der Stadt) orientieren, mit der Zielperspektive, die Vorgaben für die Stadt Bornheim in einem Zeitraum von 15 Jahren erreichen zu wollen,
3. die Maßnahmenliste mit einem Arbeitsplan zu hinterlegen, aus dem ersichtlich ist, was zu welchem Zeitpunkt mit welchem Personalaufwand umgesetzt werden kann,
4. zu den Haushaltsberatungen darzustellen, ob und in welchem Umfang – ggfls. auch befristet- zusätzliches Personal für die Umsetzung der vorstehenden Maßnahmenliste erforderlich ist.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 werden zusammen behandelt.

|           |   |                   |
|-----------|---|-------------------|
| <b>11</b> | <b>Antrag der FDP-Fraktion vom 08.11.2011 betr. Leitlinien zur Wohnbauentwicklung in der Stadt Bornheim</b> | <b>527/2011-7</b> |
|-----------|---|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister, auf Grundlage der Kriterien aus dem Flächennutzungsplan, weitergehende Leitlinien für die Entwicklung der neuen Baugebiete aufzustellen und diesbezüglich einen Arbeitskreis einzurichten.

-Einstimmig-

bei 3 Stimmenthaltungen (CDU tw., B90/Die Grünen tw., Breuer)

Die Tagesordnungspunkte 12 und 11 werden zusammen behandelt.

|           |   |                   |
|-----------|---|-------------------|
| <b>12</b> | <b>Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011 betr. Aufzeigen geeigneter Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan für alternative Wohnformen</b> | <b>559/2011-7</b> |
|-----------|---|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister, geeignete Flächen im Flächennutzungsplan für die im Antrag genannten Wohnformen aufzuzeigen.

- Einstimmig -

|           |   |                   |
|-----------|---|-------------------|
| <b>13</b> | <b>Antrag des OV und AM Hönig vom 11.01.2012 betr. Fußgängerampeln Rankenberg/Küppersgasse und Rankenberg/ Schornberg in Brenig</b> | <b>059/2012-9</b> |
|-----------|---|-------------------|

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt den Bürgermeister, die Verkehrsverhältnisse in Brenig, Rankenberg (L 182) in Höhe Küppersgasse und Schornberg, insbesondere hinsichtlich der Fußgängerquerung in einem gem. § 45 StVO vorgeschriebenen straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren erneut zu überprüfen und diesbezüglich Kontakt mit dem Landesbetrieb Straßen NRW wegen der Realisierung einer Lichtsignalanlage (Bedarfsanlage für Fußgänger) an einer der beiden genannten Einmündungen aufzunehmen.

- Einstimmig -

|           |   |                   |
|-----------|---|-------------------|
| <b>14</b> | <b>Mitteilung betr. Mängelbeseitigung auf Rad- und Fußwegen in Roisdorf</b> | <b>041/2012-9</b> |
|-----------|---|-------------------|

- Kenntnis genommen -

|           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>15</b> | <b>Mitteilung betr. Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes der Nahverkehr Rheinland GmbH</b> | <b>052/2012-7</b> |
|-----------|--|-------------------|

- Kenntnis genommen -

|           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>16</b> | <b>Mitteilung betr. Bürgerradweg entlang der L300 zwischen Widdig und Hersel</b> | <b>078/2012-7</b> |
|-----------|--|-------------------|

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen von AM Meyer

1. Kann der Bürgermeister zu einem klärenden Abstimmungsgespräch in das Rathaus einladen, insbesondere den Landesbetrieb Straßen, die Ortsvorsteher und den Naturpark Rheinland, um das weitere Prozedere, zwecks Realisierung des Bürgerradweges abzusprechen?
  
2. Kann die Stadt im Vorfeld die Eigentumsverhältnisse durch das Katasteramt feststellen, insbesondere ob ggfls. durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft oder durch den Naturpark Rheinland eine Förderung der Planbearbeitung erfolgen kann?

Antworten:

Planungsvorbereitende Tätigkeiten sollte die Verwaltung erst dann vornehmen, wenn eine konkretisierte Aussicht darauf besteht, dass so etwas überhaupt realisiert werden kann. Dann kann der Bürgermeister auch zu einem Abstimmungsgespräch ins Rathaus einladen.

|           |                              |  |
|-----------|------------------------------|--|
| <b>17</b> | <b>Mitteilungen mündlich</b> |  |
|-----------|------------------------------|--|

des Ersten Beigeordneten Herrn Schier

Shell AG in Wesseling plant die Modernisierung ihres Kraftwerkparks.

Sobald konkrete Informationen vorliegen, wird im Rahmen des Umweltausschusses darüber berichtet.

Kenntnis genommen

|           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>18</b> | <b>Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2012 betr. Kündigungssperrfristverordnung NRW - Lage des Wohnungsmarktes in Bornheim</b> | <b>082/2012-5</b> |
|-----------|--|-------------------|

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

|           |                          |  |
|-----------|--------------------------|--|
| <b>19</b> | <b>Anfragen mündlich</b> |  |
|-----------|--------------------------|--|

Keine

Ende der Sitzung: 21.42 Uhr

gez. Wilfried Hanft  
Vorsitz

gez. Petra Altaner  
Schriftführung

Anlage zu TOP 3

*Dr. Peter und Elvira Buch*

Heussstraße 17  
53332 Bornheim

Telefon 02222-934266  
E-Mail buch@netcologne.de

Buch, Heussstr. 17, 53332 Bornheim

An den Bürgermeister  
der Stadt Bornheim



Den 14. Februar 2012

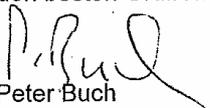
**Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften  
Sitzung am 23. Februar 2012 – Einwohnerfragestunde**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beschlussvorlage 565/2011-7 zum Bebauungsplan Ro 17 in der Ortschaft Roisdorf stellen wir nachfolgende Fragen.

1. Laut Vorlage sollen zwei Anforderungen, die am 01.12.2010 beschlossen wurden, wieder fallen gelassen werden. Welche Gegenleistungen wird der Vorhabenträger dafür erbringen?
2. Laut Vorlage sollen zwei Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben werden. In welcher Weise macht die Stadt Bornheim ihre Zustimmung zu den Plänen des Vorhabenträgers von den Ergebnissen der Gutachten abhängig?
3. Laut Vorlage ist wegen der topographischen Verhältnisse eine Anlieferung über die Schumacherstraße angeblich unvermeidlich. Diese Einschätzung zweifeln wir an. Ist die Stadt Bornheim bereit, hierzu die Meinung eines unabhängigen Experten einzuholen?

Mit den besten Grüßen

  
Dr. Peter Buch

  
Elvira Buch

**Antwort**

**Zu 1. und 2.**

Inwieweit von den bisherigen Anforderungen an den Investor abgesehen wird, liegt in der Entscheidung von Ausschuss und Rat der Stadt Bornheim. Voraussetzung ist, dass der Kfz-Verkehr verträglich abgewickelt werden kann. Dies ist durch entsprechende Gutachten nachzuweisen. Erst wenn diese Nachweise vorliegen, kann der Rat abschließend über die Gesamtplanung entscheiden.

Weitergehende Gegenleistungen werden nicht verlangt.

**Zu 3.**

Die Fragen zur Anlieferung sind zunächst durch den Vorhabenträger zu beantworten. Soweit hier ein schlüssiger Nachweis vorliegt, kann auch die Schumacherstraße weiterhin für Anlieferungen genutzt werden.

Bei nicht eindeutiger Faktenlage behält sich die Stadt Bornheim grundsätzlich vor, Dritte an der Planung zu beteiligen.

**Zusatzfragen:**

Der Grundstückseigentümer verweist zur Zeit auf das Recht die Schumacherstraße zur Anlieferung zu benutzen. Beinhaltet diese Recht auch das Recht des Eigentümers zu entscheiden, an welchem Ende der Schumacherstraße er sein Grundstück anschließt und den Anlieferverkehr zulässt?

**Antwort:**

Auf Grund der gegenwärtigen Rechtsgrundlage gibt es keine Einschränkungen für den Anlieferverkehr.

Das heißt eine Abbindung der Schumacherstraße aus Richtung Adenauerallee würde in das Rechts des Eigentümers eingreifen?

**Antwort:**

Ja, dies würde aktuell in das Recht des Eigentümers eingreifen.